



Der Stadtverordnetenvorsteher  
der Stadtverordnetenversammlung  
Amt der Stadtverordnetenversammlung  
E-Mail: [stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de](mailto:stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de)  
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden  
Telefon (0611) 31-3314  
Telefax (0611) 31-3902  
Sachbearbeiter: Herr Morbe

Wiesbaden, 29.04.2026

1. Den Mitgliedern des  
Umweltausschusses
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat

## Einladung

zur öffentlichen Sitzung  
des Umweltausschusses  
am Dienstag, 5. Mai 2026, um 17:00 Uhr,  
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

## Tagesordnung I

1. **26-S-00-0001**  
Eröffnung durch den Stadtverordnetenvorsteher
2. **26-S-00-0002**  
Wahl der/des Vorsitzenden
3. **26-S-00-0003**  
Wahl der/des stellvertretenden Vorsitzenden
4. **26-S-00-0004**  
Wahl von Verwaltungsbediensteten zu Schriftführerinnen/Schriftführern

**5. 25-F-63-0036**

**ANLAGE**

Rücksichtnahme fördern: Aufklärung und Schutz vor Passivrauchen an Bushaltestellen

- Antrag der Fraktionen Volt, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke vom 04.06.2025 -
- Beschluss Nr. 3 des Ausschusses für Umwelt, Klima und Energie vom 27.01.2026 -

**6. 26-F-03-0002**

Rhein-Main-Link - Trassenverlauf und Konfliktpunkte

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28.04.2026 -

Wie der Presse im März 2026 zu entnehmen war, hat sich die Netzbetreiberin Amprion GmbH auf die Trassenführung des Abschnitts Hessen 5 (Niedernhausen bis Riedstadt) für den Rhein-Main-Link festgelegt, mit der sie im August ins Planfeststellungsverfahren gehen will. Weitere Planungsabschnitte sollen im Laufe des Jahres 2026 folgen. Die Inbetriebnahme der 600 Kilometer langen und als Erdkabel geplanten Höchstspannungs-Gleichstrom-Verbindung vom nördlichen Niedersachsen bis nach Südhessen ist für 2033 vorgesehen.

Der Umweltausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. den Trassenverlauf des Rhein-Main-Links im Stadtgebiet Wiesbaden, mit dem die Amprion GmbH im Laufe des Jahres 2026 ins Planfeststellungsverfahren gehen will, vorzustellen.
2. die aus Sicht der Landeshauptstadt Wiesbaden wesentlichen Konfliktpunkte der Trassenführung des Rhein-Main-Links (insbesondere Umwelt-Beeinträchtigungen, aber auch konkurrierende Planungen) im Stadtgebiet Wiesbaden darzustellen.
3. zu berichten, ob es zu den Konfliktpunkten Gespräche oder Schriftwechsel zwischen dem Magistrat und der Amprion GmbH gab und falls ja, mit welchem Ergebnis, und ob bis Fertigstellung der Planfeststellungsunterlagen ein weiterer Austausch vorgesehen ist.
4. zu berichten, ob zum Trassenverlauf des Rhein-Main-Links Abstimmungen mit dem benachbarten Main-Taunus-Kreis stattfinden und falls ja, um welche Themen es dabei vor allem geht.

**7. 26-F-55-0008**

500 neue Bäume für Wiesbaden

- Antrag der Fraktion Die Linke vom 28.04.2026 -

Wiesbaden soll eine grüne Schwammstadt werden, die Schatten spendet, Wasser speichert und Lebensqualität schafft. Wir wollen 500 neue Bäume in bisher baumlosen Straßenzügen neu pflanzen und so für bessere Luft, Kühlung und Aufenthaltsqualität sorgen.

Der Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie wolle beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

der Magistrat wird gebeten,

- 1) darzulegen, wo in Wiesbaden 500 neue Bäume gepflanzt werden könnten und
- 2) die notwendigen Finanzmittel zum Haushalt 2027 anzumelden.

## 8. 26-F-14-0008

Optimale Nutzung der städtischen Biomassepotenziale im Hinblick auf das Biomasseheizkraftwerk Wiesbaden und die kommunale Wärmeplanung

- Antrag der Fraktion Volt vom 29.04.2026 -

Das Biomasseheizkraftwerk der ESWE BioEnergie GmbH stellt mit einer thermischen Leistung von 24 MW und einer jährlichen Fernwärmeerzeugung von rund 151.000 MWh einen wesentlichen Baustein der klimaneutralen Wärmeversorgung Wiesbadens dar. Die Sitzungsvorlage 19-V-05-0015<sup>1</sup> bestätigt, dass die Anlage vertraglich verpflichtet ist, ihre Emissionsdaten jährlich öffentlich vorzulegen – ein klares Zeichen dafür, dass das BHKW als zentraler Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge betrachtet wird.

Aus dem Umweltbericht 2018 ergibt sich, dass das Werk Sperrmüll- und Altholz (A2/A3) als Brennstoff einsetzt (92,6 %). Hier wirft sich die Frage auf inwieweit städtische Biomassepotenziale, wie Waldpflegeholz, Landschaftspflegematerial, Baum- oder Grünschnitt genutzt werden und somit energie- und klimapolitisch sinnvoll verwertet werden könnten.

Eine Erweiterung der Nutzung regionaler Biomasse in der kommunalen Wärmeplanung ist in der Lage CO<sub>2</sub>-Einsparungen zu ermöglichen. Dazu ist eine ganzheitliche Betrachtung der Transportwege sowie der Kreislaufwirtschaft und im besonderen Maße der Abgleich zwischen Energiebedarf (geplanter Kraftwerksleistung) und den zur Verfügung stehenden Biomasseströmen notwendig.

Der Ausschuss für Umwelt möge beschließen:

der Magistrat wird gebeten,

- 1) zu berichten welches Biomassepotenzial im Einzugsgebiet des Kraftwerks jährlich vorliegt (s. Verpflichtung zum jährlichen Monitoring aus Umweltbericht 2018 für das BHKW der Eswe BioEnergie GmbH/Durchführungsvertrag §3.6<sup>2</sup>), insbesondere aus Forstwirtschaft, Straßenbegleitgrün, Parks, Landschaftspflege, Rebschnitt und Gewässerunterhaltung. Ferner zu berichten,
  - a. wie sich die Transportwege darstellen (Herkunftsnachweis innerhalb des Monitorings).
  - b. welche anderen Brennstoffquellen derzeit zusätzlich genutzt werden (Prozentuale Darstellung).
  - c. wie städtische Betriebe (wie z.B. Forstamt, ELW, Grünflächenamt, Umweltamt) in die regionale Biomassekreislaufwirtschaft (von Waldpflegeholz, Landschaftspflegematerial, Biomasse aus Gewässerunterhaltung etc.) eingebunden sind.

---

<sup>1</sup> PIWi - Politisches Informationssystem Wiesbaden - Sitzungsvorlagen - Sitzungsvorlage 19-V-05-0015

<sup>2</sup> 2283413

- 2) zu berichten inwieweit der Entwurf der kommunalen Wärmeplanung die Einbindung der Wärmeleistung des BHKWs in das bestehende Fernwärmenetz der Stadt Wiesbaden berücksichtigt hinsichtlich:
  - a. Erweiterung der bestehenden Wärmelast (Netzerweiterung)
  - b. Substitution bisheriger fossiler Wärmequellen bei gleichbleibender Last, z.B. in welchem Umfang eine erweiterte Nutzung lokaler Biomasse dazu beitragen kann, die gasbetriebenen Spitzenlastkessel der Fernwärme zu reduzieren und welche CO<sub>2</sub>-Minderung dadurch erzielbar wäre.
- 3) zu berichten, ob das Biomasseheizkraftwerk noch freie Kapazitäten hat, um geeignete Stoffe zu verbrennen, die das Müllheizkraftwerk aus Kapazitätsgründen nicht annehmen kann, und ob eine solche Mitverbrennung möglich und sinnvoll wäre.
- 4) gemeinsam mit der ESWE BioEnergie GmbH ein Verfahren zu entwickeln, das eine regelmäßige Berichterstattung an den Ausschuss über die umweltrelevanten Aspekte des Biomasseheizkraftwerks sicherstellt. Dies soll insbesondere Umweltbericht umfassen, der über Brennstoffe, Reststoffe, Umweltmaßnahmen und Emissionsentwicklung informiert.

## 9. 26-F-03-0003

Teilnahme am bundesweiten Städtewettbewerb „Abpflastern“ - Sachstand der Prüfung

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28.04.2026 -

Am 2. Dezember 2025 hat der Ausschuss für Umwelt, Klima und Energie mit Beschluss Nr. 0107 den Magistrat um Prüfung einer Teilnahme am bundesweiten Städtewettbewerb „Abpflastern“ gebeten. Die Wettbewerbs-Saison 2026 läuft bereits seit dem 1. März.

Der Umweltausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

zum aktuellen Sachstand der Prüfungen einer Teilnahme am bundesweiten Städtewettbewerb „Abpflastern“ im Jahr 2026 oder ggf. 2027 zu berichten.

## 10. 26-F-14-0009

Sachstand „Abpflastern“

- Antrag der Fraktion Volt vom 29.04.2026 -

Am 17.12.2025 ist in der Stadtverordnetenversammlung ein Beschluss (0417) zum Antrag (25-F-63-0090) „Teilnahme am bundesweiten Wettbewerb Abpflastern“ der Fraktionen Volt, Bündnis90/Die Grünen, SPD und Die Linke gefasst worden.

Es besteht ein berechtigtes öffentliches Interesse an einem aktuellen Sachstand und einer Darstellung weiterer Schritte im Projektverlauf.

Der Ausschuss für Umwelt möge beschließen:

der Magistrat wird gebeten,

1. über den aktuellen Sachstand zu berichten.
2. zu berichten, welche Rückmeldungen der Wiesbadener Ortsbeiräte zu möglichen Entsiegelungsflächen bislang eingegangen sind.
3. zu berichten, ob die fachliche und finanzielle Prüfung der vorgeschlagenen Flächen bereits erfolgt ist bzw. wann mit deren Abschluss zu rechnen ist.
4. zu berichten, ob die Prüfung zur möglichen Teilnahme Wiesbadens am bundesweiten Städtewettbewerb „Abpflastern“ für das Jahr 2026 bzw. 2027 abgeschlossen ist und zu welchem Ergebnis sie geführt hat.
5. zu berichten, welche Schritte zur Vorbereitung einer Teilnahme bereits eingeleitet wurden.
6. zu berichten, welche Überlegungen oder Maßnahmen zur Motivation und Unterstützung privater Grundstückseigentümer\*innen, Vereine, Initiativen und Unternehmen hinsichtlich eigener Entsiegelungsprojekte bisher vorliegen.

## 11. Verschiedenes

### Tagesordnung II

#### 1. 25-F-15-0023

Abfalltrennung in der Landeshauptstadt Wiesbaden

- Antrag der Fraktion FWG/Pro Auto vom 28.05.2025 -
- Bericht des Dezernates II vom 21.04.2026 -

- *Der Bericht steht im PIWI zur Verfügung -*
- *Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich erst in seiner Sitzung am 05.05.2026 -*

#### 2. 26-F-63-0004

Sprühnebelanlagen zur Reduzierung von Hitzebelastungen

- Antrag der Fraktionen Volt, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke vom 21.01.2026 -
- Bericht des Dezernates II vom 09.03.2026 -

- *Der Bericht steht im PIWI zur Verfügung -*

#### 3. 26-V-05-0003

DL 08/26-5

Wahl von Betriebskommissionsmitgliedern der Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden

4. **26-V-61-0002** **DL 10/26-1 NÖ, 09/26-6**  
Wohnbauflächenentwicklung Bebauungsplan "Aukammallee / Kirchbachstraße" im Ortsbezirk Bierstadt - Satzungsbeschluss -
5. **26-V-61-0004** **DL 09/26-7**  
Flächennutzungsplanänderung für den Planbereich "Erweiterung Max-Planck-Park" im Ortsbezirk Delkenheim - Änderungsbeschluss -  
*- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich erst in seiner Sitzung am 05.05.2026 -*
6. **26-V-61-0005** **DL 09/26-8**  
Bebauungsplan "Erweiterung Max-Planck-Park" im Ortsbezirk Delkenheim - Aufstellungsbeschluss -  
*- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich erst in seiner Sitzung am 05.05.2026 -*
7. **26-V-61-0006** **DL 09/26-9**  
Veränderungssperre im Geltungsbereich des Bebauungsplanvorentwurfs "Erweiterung Max-Planck-Park" in dem Ortsbezirk Delkenheim  
*- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich erst in seiner Sitzung am 05.05.2026 -*

## Tagesordnung II - nicht öffentliche Vorlagen

1. **26-V-36-0002** **DL 07/26-3 NÖ**  
Niederschrift über die 40. nicht-öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden am 27. November 2025
2. **26-V-36-0003** **DL 08/26-3 NÖ**  
Niederschrift über die 42. nicht-öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden am 26. Februar 2026

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

**Sofia Karipidou**  
Stellv. Stadtverordnetenvorsteherin